

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18003.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Platzvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eine Konferenz der alliierten Sozialisten.

„Parlamentarisierung“.

Von Fr. Mehring.

II. (Schluß.)

Besteht das Wesen des parlamentarischen Systems darin, daß die entscheidende Gewalt von der Krone auf das Parlament übergeht, so ist seine geschichtliche Voraussetzung, daß die Bourgeoisie, sei es allein, sei es in Verbindung mit andern, von ihr abhängigen Klassen, über die Machtmittel des Staates verfügt. Alle parlamentarischen Formen, die dieser tatsächlichen Voraussetzung entsprechen, führen zum Scheinkonstitutionalismus, der für die Nation gefährlicher und verhängnisvoller ist als selbst der nackte Absolutismus.

Darum wird durch Verfassungsparagraphen irgendwelcher Art nicht das geringste geändert, inwiefern nach Bismarck und Raffale Verfassungsfragen nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind. Lassen wir für einen Augenblick an, die Krone wolle dem Parlament ein Mitbestimmungsrecht über Krieg und Frieden einräumen, so ist schon in der großen französischen Revolution selbst die glänzende Sophistik Mirabeaus daran gescheitert, einen Paragraphen auszufikeln, der in klarer und unzweideutiger Weise entscheidet, was geschehen soll, wenn Krone und Parlament sich nicht einigen können, ob Krieg oder Frieden sein soll. Praktisch liegt die Entscheidung immer bei dem Teil, der über die politischen Machtmittel des Staates gebietet. Und so geschah es in der großen französischen Revolution, wo die Nationalversammlung den Krieg mit den konterrevolutionären Mächten, die sie mit brutalen Bedrohungen bedrängten, wider den Willen des Königs beschloß, der seinerseits wegen geheimer Missetaten mit dem Auslande nicht nur um die Krone, sondern auch um den Kopf kam. Und nun gar ein Verfassungsparagraph, der der Krone verbietet sollte, Minister nach ihrer Wahl zu berufen, ohne jede Rücksicht auf das Parlament, wäre, selbst wenn die Krone ihm zustimmte, solange sie tatsächlich über die Machtmittel des Staates verfügt, ein fliegendes Blatt im Winde, das selbst in der gegenwärtigen Papiernot irgendwelchen Wert nicht beanspruchen könnte. In England, wo kein Ministerium auch nur einen Tag bestehen kann ohne die Zustimmung des Parlaments, hat man sich mit einer solchen Papierverschwendung auch niemals befaßt; es steht nirgends in der englischen Verfassung geschrieben, daß sich jedes Ministerium zu stellen hat, dem das Parlament ein Misstrauensvotum erteilt, sondern die Schlussfolgerung ist eine einfache Konsequenz der Tatsache, daß sich die Machtmittel des englischen Reiches in den Händen des Parlaments zusammenfassen.

Es heißt deshalb, die Wirkung als die Ursache zu nehmen und das Pferd am Schwanz aufzusammeln, wenn sich die „Parlamentarisierung“ von einigen Verfassungsparagraphen, die sie von dem Wohlwollen der Krone ersehen, eine Machtverfälschung des Parlaments versprechen.

Es ist wahrhaft niedrütend, über die Fragen, um die es sich hier handelt, noch ernsthaft sprechen zu müssen. Seit hundert Jahren war es selbst in Deutschland, geschweige denn in den westlichen Kulturländern, ein abgedroschener Gemeinplatz, daß jedes Volk sich seine Rechte selbst erkämpfen, aber nie von der Gnade der Regierung erwarten darf. Frey wir nicht ganz, so ist gerade in diesem Jahre ein Säkulum abgelaufen, seitdem England in seiner altväterlichen Weise sang: Was ist kein Feind so hoch geehrtet, so anderwärts kein irdischer Mann, daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet, er sie mit Freiheit tränken kann. Und wenig später warnte Dahlmann, das Urbild des doktrinarischen Liberalismus, das deutsche Volkertum vor der trügerischen Illusion; sich darauf zu verlassen, daß die Regierungen ihnen je politische Rechte beschereuen könnten, wie man Kindern unterm Weihnachtsbaum Geschenke aufbaut. Aber viel beschämender noch, als wenn die Preußen und Bayern ihre Knieen verneigten, ist es doch, wenn die Regierungssozialisten das Abc gerade der deutschen Sozialdemokratie verlernen, jene Flugblätter, mit denen Raffale den Kampf der deutschen Arbeiterklasse eröffnete, und in denen er die Verfassungsfragen in einer heute noch maßgeblichen Weise bis auf den Grund erleuchtete.

Auch heute steht es um die Regierungssozialisten ja längst viel schlimmer als um die Liberalen. Wenn der biedere Bürgermann sich im Jahre 1848 als idealen Monarchisten herausdrückte gegenüber den eigensüchtigen Junkern, so konnte man über diese harmlose Naivität lächeln; als sich ein halbes Jahrhundert später, in der preussischen Konstituante, die fortschrittlichen Abgeordneten in gleicher Weise aufspielten, wurden sie von den damaligen Sozialdemokraten schon ausgelacht, heute jedoch hüllen die Regierungssozialisten ihre Schwengelleber in das zerfällene Kostüm, und das Hamburger Echo

verlichert, auf den Schultern freier Männer — nämlich der Herren Frohne und Stolten, Scheidemann und Stampfer, David und Südekum — ruhe die Monarchie viel sicherer als auf den gekrümmten Rücken der Junker, die doch nur — man denke, die Verbrecher! — ihre Klasseninteressen verfolgten. Sollte irgend von solchen Tiraden eine Wirkung an der Stelle erhofft werden, auf die sie abzielen, so müßte man ihren Urhebern den milderen Umstand zubilligen, daß sie ihre Opposition wenigstens noch durch Majestätsbeleidigungen markieren, wenn auch glücklicherweise durch strafrechtlich unschwere.

Wir armen Nuller! Können und an monarchischer Begeisterung nicht mit ihnen messen; wir stehen auf dem Boden der Resolution, die die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstage eingebracht und Genosse Soale in ausgezeichneter Weise begründet hat, einschließlich des „radikalen und bedeutigen Schwanzstück“, das den ersten Unwillen des „parlamentarischen“ Demokraten Konrad Haubmann erweckt hat. Aber weil unser Blick von keiner loyalen Schwärmerie getrübt ist, sieht er die Dinge in ihrer nüchternen Wirklichkeit. Wir wissen aus der Geschichte der Monarchie, daß sie ihre Rechte noch niemals aus freien Stücken geopfert hat, und wir erkennen aus ihrem Wesen, daß sie, was sie nie getan hat, auch gar nicht tun kann. Selbst die Krone teilt das allgemeine Menschenlos, sich im Recht zu glauben, weil sie im Besitz ist, und es läßt sich psychologisch verstehen, wenn sie sogar papierne Zugeständnisse verweigert, die sie gar nicht binden, aber die „Parlamentarisierung“, schon ihrerseits machen würden. Das ihre Autorität Bismarck und hat unter Autorität Raffale darin recht, daß Verfassungsfragen nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind, so würde über kurz oder lang die Stunde schlagen, wo die Krone ihre papiernen Zugeständnisse zerreißt, was dann mancherlei Unbequemlichkeiten mit sich führen würde.

Doch wie dem immer sei: Hier kommt es nur darauf an, den deutschen Arbeitern die „Parlamentarisierung“ als Truggebilde zu benutzieren, das sie über ihre wirklichen Interessen täuschen soll, als eine Mißgeburt, die an Form und Inhalt, an Leib und Seele gleich verwaschen und deshalb dem Urteil des Richters verfallen ist: ihr sollt sie erkaufen oder verbrennen.

„Genosse, beeile dich!“

In seiner Reichstagsrede vom 10. Juli erwähnte Genosse Soale zum Schluß ein Bild, das bei der gewaltigen Petersburger Friedensdemonstration am 1. Juli auf einer besonders hervorstechenden Fahne getragen wurde. Ein russischer Proletarier reicht seine Hand einem deutschen Proletarier, und darunter steht die Unterschrift: „Genosse, beeile dich!“ Zu diesem Bild schreiben die Zwetschka, das offizielle Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, in ihrer Nummer vom 6. Juli:

„Ja, das ist die wirkliche Lösung des Augenblicks! Und nicht bloß dem deutschen, auch dem französischen und englischen Proletarier streckt die russische Revolution ihre brüderliche Hand entgegen und ruft laut: „Genosse, beeile dich!“

Beeilet euch, solange die russische Revolution noch kraftvoll und stark ist; solange sie die Geldnot, die Warennot, den Hunger überwindet; solange sie noch fähig ist, die Interessen der Revolution an der Front zu verteidigen. Beeilet euch, denn sonst wird es zu spät. Wenn die russische Revolution erdrückt wird, flürzt das ganze Welt der internationalen Proletariats zusammen, und für lange Jahre erhebt sich auf der verwüsteten Erde triumphierend das ungeheure des Weltimperialismus.

Beeilet euch, deutsche und österreichische Genossen! Veranlaßt eure Regierungen, offen und deutlich auf jegliche Eroberungsziele zu verzichten, offen und deutlich jene Friedensplattform anzuerkennen, die die russische Revolution auf ihr Banner geschrieben hat, — die Plattform eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kriegszuständigkeiten unter Anerkennung des Rechts aller Nationen auf Selbstbestimmung. Wir wissen: die arbeitenden Klassen Deutschlands und Österreichs wollen ebenso wie die arbeitenden Klassen Russlands eine schnelle Einstellung des Bürgerkriegs, sie wollen keine Verlängerung des brüdermörderischen Krieges im Interesse imperialistischer Klüften.

So veranlaßt denn eure Regierungen, sich eurem Willen zu fügen!

Aber auch ihr, Genossen der verbündeten Länder, sollt euch beeilen! Ihr wißt, daß die provisorische Regierung, in vollstem Einvernehmen mit der revolutionären Demokratie Russlands, es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, schleunigst einen allgemeinen Frieden

ohne irgendwelche Vergewaltigungen herbeizuführen. Ihr wißt, daß die provisorische Regierung namens des revolutionären Russlands eure Regierungen zu einer Konferenz eingeladen hat, die die Bündnisverträge prüfen und alle Spuren imperialistischer Bestrebungen aus ihnen entfernen soll.

Beeilet euch also, Genossen, den Ruf des revolutionären Russlands zu beantworten! Sorgt dafür, daß eure Regierungen schleunigst zu dieser Revision schreiten und sie in dem von uns und von euch gewünschten Sinne durchzuführen.

Die Soldaten der russischen Revolution, die heldenhaft ihr Blut für unser gemeinsames Werk vergießen, wissen, daß die revolutionäre Demokratie Russlands nicht gestatten wird, daß auch nur ein Tropfen dieses teuren Blutes für die ihr feindlichen Zwecke des Imperialismus vergossen wird.

So erklärt denn auch ihr, daß ihr diese Zwecke ebenso entschieden ablehnt! Zwingt eure Regierungen, dies klar und offen zu sagen, und entzieht allen Zweifeln den Boden, die von den Feinden der Revolution so gern angestreut werden.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Genossen, beeilet euch!

Ja, es ist keine Zeit zu verlieren! Gebieterischer als je drängt sich uns diese Erkenntnis auf, angesichts der ungeheuer kritischen Lage, in die die russische Revolution geraten ist. Viel zuviel kostbare Zeit ist ohnehin verstrichen, und das Ergebnis ist, daß heute noch abstrichlich „Unklarheit“ und „Dauerdunkelheit“ herrschen, wo nur Klarheit und Wahrheit den Weg aus dem Verhängnis weisen könnten. So möge denn der Ruf der russischen Revolution laut über die Länder erschallen: „Genossen, beeilet euch!“

Die Chemnitzer Volksstimme schließt einen Artikel ihrer Donnerstagsnummer mit der kategorischen Versicherung:

Das jedenfalls ist sicher, daß die beste Unterstützung für den russischen Friedenswillen in kräftiger deutscher militärischer Aktion liegt. An der fehlt es gegenwärtig nicht, und an der wirds auch künftig nicht fehlen.

Diese Auffassung wird, wie wir schon gestern sagten, von vielen bürgerlichen Blättern vertreten. Daß sie auch unter den Regierungssozialisten Anklang findet, verdient bemerkt zu werden. Selbst ein Blatt der Regierungssozialisten blühte sich trotz allen Unsinns doch wohl noch Gedanken darüber machen, wie das Vordringen der verbündeten Heere im Osten auf die Russen wirken würde, die schon vor diesem Ereignis trotz aller entgegengesetzten Versicherungen der deutschen Regierung die Bestürzung nicht los werden konnten, daß Deutschland daraus sinne, die russische Revolution zu erwürgen. Der Eindrud der russischen Niederlage kann deshalb gerade dazu führen, die nationalistischen Kreise in Russland zu härten, den Entschluß zur Fortführung des Krieges an der Seite der Entente neu zu befehlen. Es ist auch überreizt, daran zu glauben, daß der Zusammenbruch der russischen Streitkräfte in Galizien beweise, daß Russland als militärischer Faktor aus den Rechnungen des Weltkrieges ausscheide. Wie die Angriffe an mehreren Stellen beweisen, ist das russische Heer nicht durchweg zersplittert. Und eine Wiederbelebung der nationalistischen Instinkte sowie die Sorge um den Verlust der eben erkämpften Freiheit könnte den besten Mitt für die Risse abgeben, die in seinem Gefüge klaffen.

Das neue Ministerium.

Basel, 26. Juli. (W. Z. N.) Die Agence Radio meldet aus Petersburg: die neue russische Regierung, deren Präsident Kerenski ist, setzt sich folgendermaßen zusammen: Alexejew, Minister ohne Portefeuille und Vizepräsident, Terestchenko, Neuherr, Tschereckoff, Jumeres, Post und Telegraphie, Plechschonow, Lebensmittelkontrollen, Tschernow, Landwirtschaft, Sokolew, Krieg, Wladimir Zwosow, Vorsitzender der heiligen Synode, Godunow, Reichsnotrullen. Die Aufgaben des Portefeuilles der Finanzen, der Justiz und des Unterrichts sind noch nicht endgültig ernannt.

Die Gattung der Petersburger Garnison.

Petersburg, 26. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Klub der Soldaten des Prodrachenski-Regiments fand am 25. Juli eine Sitzung der Vertreter von 37 Einheiten der Garnison von Petersburg und von Vertretern der von der Front herbeigerufenen Truppenteile statt. Leutnant Masjrenski, der Führer der gemischten Abteilung von der Front, hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: Wir sind von der Front hier eingetroffen mit dem einzigen Ziele, die Errungenschaften der Revolution festzustellen. Es handelt sich darum, die Gründe festzustellen, warum die Garnison von Petersburg nicht hinausgeht, um die Sache der Revolution zu verteidigen. Ein Vertreter